

Die Wirtschaft, die wir brauchen

Plädoyer für einen progressiven Kapitalismus

Von **Joseph E. Stiglitz**

Das Jahr 2016 gilt gemeinhin als historische Zäsur. Andererseits bestätigten die Wahl von US-Präsident Donald Trump und das britische Brexit-Referendum nur das, was diejenigen unter uns, die sich mit Einkommensstatistik befassen, schon lange wussten: In den meisten Industrieländern hat die Marktwirtschaft große Teile der Gesellschaft im Stich gelassen.

Nirgendwo trifft das mehr zu als in den Vereinigten Staaten. Obwohl Amerika lange als Aushängeschild des Versprechens auf marktwirtschaftlichen Individualismus galt, weist es heute höhere Ungleichheit¹ und eine geringere soziale Mobilität nach oben² auf als die meisten anderen Industrieländer. Die durchschnittliche Lebenserwartung³ in den USA sinkt mittlerweile, nachdem sie zuvor ein Jahrhundert lang angestiegen war. Und für die unteren 90 Prozent der Einkommensverteilung stagnierten die realen (inflationbereinigten) Löhne: Das Einkommen⁴ eines typischen amerikanischen Arbeiters liegt heute etwa so hoch wie vor 40 Jahren. Unterdessen versuchten viele europäische Länder, es Amerika gleichzutun. Und Staaten, denen das gelang, leiden jetzt unter ähnlichen politischen und sozialen Konsequenzen, insbesondere Großbritannien.

Die USA waren wohl das erste Land, in dem eine Mittelschichtgesellschaft geschaffen wurde, aber Europa hinkte nie weit hinterher. Nach dem Zweiten Weltkrieg übertraf es die USA in vielerlei Hinsicht, wenn es darum ging, für die Bürger Chancen zu schaffen. Durch eine Vielzahl politischer Maßnahmen etablierten die europäischen Länder den modernen Wohlfahrtsstaat, um die Menschen sozial abzusichern und wichtige Investitionen in Bereichen zu tätigen, wo der Markt allein zu wenig Mittel aufwenden würde.

Diese Vorgehensweise wurde als europäisches Sozialmodell bekannt; es leistete diesen Ländern jahrzehntelang gute Dienste. Den europäischen

* Deutsche Erstveröffentlichung des Beitrags, der zuerst auf Project Syndicate erschien, www.project-syndicate.org. Die Übersetzung aus dem Englischen stammt von Helga Klinger-Groier.

1 Gillian B. White, U.S. Ranks 23rd Out of 30 Developed Countries for Inequality, www.theatlantic.com, 16.1.2017.

2 Ambar Narayan et al., Fair Progress?: Economic Mobility Across Generations Around the World. Equity and Development. World Bank 2018.

3 Michael Devitt, CDC Data Show U.S. Life Expectancy Continues to Decline Suicides, Drug Overdose Deaths Named as Key Contributors, www.aafp.org, 10.12.2018.

4 Drew DeSilver, For most U.S. workers, real wages have barely budged in decades, www.pewresearch.org, 7.8.2018.

Regierungen gelang es, die Ungleichheit in Schach zu halten und trotz Globalisierung, technologischem Wandel und anderer disruptiver Kräfte die wirtschaftliche Stabilität aufrechtzuerhalten. Als im Jahr 2008 die Finanzkrise und anschließend die Eurokrise losbrachen, erging es den europäischen Ländern mit den stärksten wohlfahrtsstaatlichen Systemen am besten, insbesondere den skandinavischen Ländern. Anders als viele Menschen im Finanzsektor gerne glauben würden, bestand das Problem nicht in zu starker, sondern in zu geringer staatlicher Einmischung in die Wirtschaft. Beide Krisen waren die direkte Folge eines zu schwach regulierten Finanzsektors.

Nach dem Fall

Mittlerweile wird die Mittelschicht auf beiden Seiten des Atlantiks ausgehöhlt. Um dieser Misere ein Ende zu setzen, müssen wir zunächst feststellen, was schiefgelaufen ist. Dann sollten wir einen progressiven Kapitalismus einführen und so einen neuen Kurs nach vorne konzipieren. Dieser progressive Kapitalismus würdigt zwar die Vorteile des Marktes, erkennt aber auch seine Grenzen und stellt sicher, dass die Wirtschaft zum Wohle aller funktioniert.

Sicher ist: Wir können nicht einfach in das goldene Zeitalter des westlichen Kapitalismus in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg zurückkehren, als der Lebensstil der Mittelschicht für die Mehrheit der Bürger in greifbarer Nähe zu sein schien. Wir würden es auch nicht zwingend wollen. Schließlich war der „amerikanische Traum“ dieser Zeit vor allem einer privilegierten Minderheit vorbehalten: nämlich weißen Männern.

Die aktuelle Situation haben wir dem ehemaligen US-Präsidenten Ronald Reagan und der früheren britischen Premierministerin Margret Thatcher zu verdanken. Sie begannen mit den neoliberalen Reformen der 1980er Jahre, die auf der Vorstellung basierten, dass ungezügelte Märkte durch einen geheimnisvollen Sickereffekt von oben nach unten allen Wohlstand bringen würden. Man sagte uns, eine Senkung der Steuersätze für Reiche sowie Finanzialisierung und Globalisierung würden einen höheren Lebensstandard für alle mit sich bringen. Doch stattdessen sank die Wachstumsrate in den USA auf zwei Drittel ihres Wertes der Nachkriegszeit – einer Phase strenger Regulierungen im Finanzbereich und einem konstant über 70 Prozent liegenden Spitzengrenzsteuersatz – und ein größerer Teil des Wohlstands und der Einkommen aus diesem niedrigeren Wachstum wurde auf das oberste 1 Prozent umgeleitet. Anstelle des versprochenen Wohlstands bekamen wir Deindustrialisierung, Polarisierung und eine schrumpfende Mittelschicht. Wenn wir dieses Muster nicht ändern, wird es sich weiter fortsetzen – oder die Lage noch verschlimmern.

Glücklicherweise gibt es eine Alternative zum Marktfundamentalismus. Durch eine pragmatische Neuverteilung der Macht zwischen Staat, Märkten und Zivilgesellschaft ist es möglich, ein freieres, gerechteres und produktiveres System zu etablieren. Progressiver Kapitalismus bedeutet, einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Wählern und gewählten Amtsträgern,

Arbeitnehmern und Unternehmen sowie zwischen Arm und Reich zu schließen. Um den Lebensstandard der Mittelschicht wieder zu einem realistischen Ziel für die meisten Amerikaner und Europäer werden zu lassen, müssen die Märkte der Gesellschaft dienen und nicht umgekehrt.

Invasion der Wohlstandsfresser

Im Gegensatz zum Neoliberalismus beruht der progressive Kapitalismus auf einem korrekten Verständnis dessen, wie heute Werte geschaffen werden. Nicht die Ausbeutung von Ländern, natürlichen Ressourcen und Menschen bildet die Basis des echten und nachhaltigen Wohlstands der Nationen, sondern menschlicher Einfallsreichtum und Kooperation, häufig mit der Unterstützung des Staates und zivilgesellschaftlicher Institutionen. Seit der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts sind produktivitätssteigernde Innovationen der eigentliche Motor wirtschaftlicher Dynamik und höherer Lebensstandards.

Der im Rahmen der industriellen Revolution nach jahrhundertelanger Stagnation eingeleitete rasante wirtschaftliche Fortschritt beruht auf zwei Säulen. Erstens auf Wissenschaft, die uns ein Verständnis der Welt verschafft, und zweitens auf sozialer Organisation, die es uns ermöglicht, durch Zusammenarbeit produktiver zu sein, als dies jemals durch die Arbeit des Einzelnen möglich wäre. Im Laufe der Zeit haben Rechtsstaatlichkeit, eine Demokratie mit Machtkontrollsystemen sowie universelle Standards und Normen beide Säulen gestärkt.⁵

Schon nach kurzer Abwägung sollte klar sein, dass es sich dabei um die Quellen materiellen Wohlstands handelt. Und doch wird Wohlstandsschaffung oftmals mit Wohlstandsextraktion verwechselt: Einzelpersonen und Unternehmen können zwar durch Marktmacht, Preisdiskriminierung und andere Formen der Ausbeutung reich werden. Das heißt aber nicht, dass sie damit irgendeinen Beitrag zum Wohlstand der Gesellschaft geleistet hätten. Im Gegenteil: Durch derartiges Verhalten geht es allen anderen insgesamt oftmals schlechter. Ökonomen bezeichnen diese Wohlstandsfresser – die versuchen, sich ein Stück des wirtschaftlichen Kuchens unter den Nagel zu reißen, der größer ist als ihr Beitrag – als Rent-Seekers. Der Ausdruck stammt ursprünglich von der im Englischen als Rent bezeichneten Pachtzahlung für Grund und Boden: Die Empfänger dieser Zahlungen erhielten diese nicht aufgrund eigener Leistungen, sondern lediglich aufgrund oftmals ererbter Besitztümer.

Derart abträgliches Verhalten ist besonders in der US-Wirtschaft verbreitet, wo immer mehr Sektoren von lediglich ein paar Unternehmen beherrscht⁶ werden. Diese Megakonzerne nutzen ihre Marktmacht, um sich auf Kosten aller anderen zu bereichern. Durch die Festsetzung höherer Preise haben sie den Lebensstandard der Verbraucher effektiv gesenkt. Neue Technolo-

5 Joseph E. Stiglitz, Trump's Most Worrisome Legacy, www.project-syndicate.org, 9.4.2019.

6 Joseph E. Stiglitz, Market Concentration Is Threatening the US Economy, www.project-syndicate.org, 11.3.2019.

gien ermöglichen diesen Unternehmen Massendiskriminierung, die sie auch praktizieren. Das liegt daran, dass die Preise nicht auf dem Markt festgesetzt werden (als Einheitspreis, der Angebot und Nachfrage abbildet), sondern durch die algorithmische Bestimmung dessen, welchen Höchstpreis ein Kunde zu zahlen bereit ist.

Gleichzeitig drohten US-Konzerne mit der Abwanderung ins Ausland, um die Löhne im Inland zu senken. Und wenn das noch nicht reichte, lobbyierten sie bei leicht beeinflussbaren Politikern, um die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer noch weiter zu schwächen. Diese Bestrebungen erwiesen sich als wirksam: Der Anteil der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer ist zwar in allen Industrieländern gesunken, aber ganz besonders⁷ in den USA, und der Anteil der an die Arbeitnehmer fließenden Erträge erfuhr einen jähen Rückgang.

Keine Ausreden

Technologische Fortschritte und das Wachstum der Schwellenmärkte haben beim Niedergang der Mittelschicht sicherlich eine gewisse Rolle gespielt, sind jedoch für die Wirtschaftspolitik von untergeordneter Bedeutung. Das wissen wir, weil dieselben Faktoren in verschiedenen Ländern unterschiedliche Auswirkungen hatten. Der Aufstieg Chinas und der technologische Wandel etwa waren überall spürbar, die USA weisen jedoch eine höhere Ungleichheit und geringere soziale Mobilität auf als viele andere Länder wie etwa Norwegen.⁸

Wo die finanzielle Deregulierung am weitesten fortgeschritten war, kam es auch am häufigsten zu Missbrauch auf dem Finanzsektor wie Marktmanipulation, räuberische Kreditvergabe und übermäßige Kreditkartengebühren. Oder denken wir an Trumps Besessenheit von Handelsabkommen: Wenn politische Entscheidungsträger die amerikanischen Arbeitnehmer schlecht vertraten, bestand der Grund dafür nicht darin, dass die Unterhändler aus den Entwicklungsländern die US-Verhandler über den Tisch gezogen haben. Tatsächlich bekommen die USA nämlich fast alles, was sie verlangen. Das Problem liegt vielmehr darin, dass sich in den amerikanischen Wünschen die Interessen der US-Konzerne widerspiegeln und nicht jene der gewöhnlichen Bürger.

Und so unbefriedigend sich die Lage derzeit präsentiert, muss man dennoch feststellen: Es wird wohl noch schlimmer kommen, etwa mit Blick auf Amerikas Einkommensungleichheit. So werden künstliche Intelligenz und Robotisierung bereits als künftige Wachstumsmotoren gepriesen. Unter den vorherrschenden politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen werden dabei jedoch viele Menschen ihren Arbeitsplatz verlieren, und die Regie-

7 Dan Kopf, Union membership in the US keeps on falling, like almost everywhere else, www.qz.com, 5.2.2019.

8 World Economic Forum, The Inclusive Development Index 2018. Summary and Data Highlights, 2018.

rung wird ihnen bei der Suche nach neuen Jobs keine große Hilfe sein. Allein autonome Fahrzeuge werden Millionen Menschen ihrer Lebensgrundlagen berauben. Gleichzeitig unternehmen unsere Technologieriesen alles, um die staatliche Reaktionsfähigkeit zu schwächen – und das nicht nur mit ihren Kampagnen für Steuersenkungen: Mittlerweile legen sie bei Steuervermeidung und der Ausbeutung der Verbraucher den gleichen Erfindungsreichtum an den Tag, den sie früher bei der Entwicklung hochmoderner Innovationen bewiesen haben. Außerdem nehmen sie, wenn überhaupt, wenig Rücksicht auf die Privatsphäre der Menschen. Geschäftsmodell und Verhalten der Technologieriesen unterliegen praktisch keinerlei Aufsicht.

Dennoch besteht Hoffnung in der Tatsache, dass diese wirtschaftlichen Dysfunktionen das Ergebnis unserer eigenen politischen Strategien sind. Hingegen haben einige Länder, die sich den gleichen globalen Kräften ausgesetzt sehen, Strategien umgesetzt, die dynamische Volkswirtschaften entstehen ließen, in denen gewöhnliche Bürger erfolgreich sind. Mit progressiv-kapitalistischen Reformen können wir daher beginnen, die wirtschaftliche Dynamik wiederherzustellen sowie Gleichheit und Chancen für alle zu gewährleisten. Oberste Priorität sollte es sein, die Ausbeutung einzudämmen und die Schaffung von Wohlstand zu fördern. Am besten – oder eigentlich nur so – kann dies durch Menschen bewerkstelligt werden, die vor allem auf staatlicher Ebene zusammenarbeiten.

Der unverzichtbare Staat

Das heißt: Der Wohlstandsentzug kann zwar in unterschiedlichen Formen erfolgen, vom Missbrauch der Marktmacht über Informationsasymmetrien bis hin zur profitablen Ausnutzung der Umweltzerstörung. Doch unabhängig von diesen Formen gibt es geeignete politische Strategien und Regulierungsmaßnahmen, die sowohl die schlimmsten Auswüchse verhindern als auch weitreichende wirtschaftliche und soziale Vorteile mit sich bringen könnten. Wenn weniger Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung, an Drogen-Überdosierungen und am „Tod aus Verzweigung“⁹ sterben, können mehr Menschen einen produktiven Beitrag für die Gesellschaft leisten.

Jedoch hat Regulierung einen schlechten Ruf, seit Reagan und Thatcher sie mit „Bürokratie“ gleichsetzten. Tatsächlich aber verbessert Regulierung oftmals die Effizienz. Jeder Stadtbewohner weiß, dass wir ohne Ampeln – eine simple „Regulierung“, die den Verkehrsfluss an Kreuzungen regelt – im ständigen Verkehrskollaps leben würden. Ohne Luftgütestandards wäre der Smog in Los Angeles und London schlimmer als in Peking und Delhi. Der Privatsektor würde es niemals auf sich nehmen, die Umweltverschmutzung einzudämmen. Man frage nur Volkswagen.

Dennoch unternehmen Trump und die von ihm zur Demontage des amerikanischen Staates ernannten Lobbyisten alles, um Regulierungen zum

9 Anne Case und Angus Deaton, Mortality and Morbidity in the 21st Century, in: „Brookings Papers on Economic Activity“, Frühjahr 2017, S. 397-443.

Schutz der Umwelt, der öffentlichen Gesundheit und sogar der Wirtschaft abzubauen. Über einen Zeitraum von mehr als vier Jahrzehnten nach der Großen Depression wurden Finanzkrisen durch ein starkes regulatorisches Rahmenwerk verhindert, bis man in den 1980er Jahren begann, es als „erstickend“ zu empfinden. Mit der ersten Welle der Deregulierung kam die Spar- und Kreditkrise. Dieser folgten weitere Deregulierungen und die Dot-Com-Blase der 1990er Jahre und schließlich die globale Finanzkrise des Jahres 2008. Zu diesem Zeitpunkt versuchten Länder auf der ganzen Welt, mit neuen Regeln eine Wiederholung dieser Ereignisse zu verhindern. Mittlerweile setzt die Trump-Administration allerdings alles daran, diese Fortschritte zunichte zu machen. Selbst kartellrechtliche Bestimmungen, die sicherstellen sollten, dass der Markt ordnungsgemäß – also auf Wettbewerb beruhend – funktioniert, wurden von ihr zurückgenommen.

Dagegen können wir mit der Eindämmung des Rent-Seeking, von wettbewerbswidrigen Praktiken und anderen Missbräuchen die Effizienz verbessern, die Produktion ankurbeln und zu mehr Investitionstätigkeit anregen. Besser noch: Wir würden damit Ressourcen für Aktivitäten freisetzen, die unser Wohlergehen tatsächlich verbessern. Wenn weniger unserer besten Studierenden in das Bankgeschäft einstiegen, würden vielleicht mehr ihren Weg in die Forschung finden. Die Herausforderungen sind in beiden Bereichen enorm, aber das eine Metier konzentriert sich darauf, andere auszunützen, während man sich im anderen darauf fokussiert, unser Wissen und unsere Handlungsfähigkeit zu erweitern. Und weil das Joch der Ausbeutung tendenziell am schwersten auf den Menschen am unteren Ende der ökonomischen Pyramide lastet, würden wir die Ungleichheit reduzieren und das Gefüge der amerikanischen Gesellschaft stärken.

Wie aus dem Begriff implizit hervorgeht, erkennt der progressive Kapitalismus sowohl die Macht als auch die Grenzen der Märkte an. Es ist eine Tatsache, dass ein sich selbst überlassener Privatsektor immer zu viel Umweltverschmutzung und andere Missstände produziert, aber zu wenig Nützliches hervorbringt wie etwa Grundlagenforschung, die das Fundament der Innovation und der wirtschaftlichen Dynamik bildet. Der Staat muss daher den Privatsektor nicht nur von Dingen abhalten, die er nicht tun sollte, sondern auch Aktivitäten fördern, die dort sehr wohl stattfinden sollten. Kollektive – staatliche – Maßnahmen ermöglichen es uns, Dinge zu tun, die wir als Einzelne nicht tun könnten und die ein sich selbst überlassener Markt auch nicht zuwege bringt.

Das Verteidigungswesen ist ein offensichtliches Beispiel, aber auch große Innovationen wie die Erfindung des Internets und das Humangenomprojekt basieren auf öffentlichen Investitionen. Umgekehrt wird der Privatsektor kaum viele jener universellen Leistungen erbringen, die das Fundament jeder respektablen Gesellschaft bilden. Der Grund, warum die US-Regierung Sozialversicherung, staatliche Gesundheitsprogramme wie Medicare und Medicaid sowie die Arbeitslosen- und Invalidenversicherung eingeführt hat, lautet: Unternehmer und Konzerne würden diese zentralen Leistungen nicht anbieten oder haben dies nur zu inakzeptablen Kosten und Bedingun-

gen getan (Menschen mit Vorerkrankungen bekamen keine Krankenversicherung). In vielen dieser Bereiche erwies sich der Staat als effizienter als der Privatsektor. Die Verwaltungskosten¹⁰ der Sozialversicherung betragen einen Bruchteil der Kosten für die private Altersvorsorge, und die Sozialversicherung deckt eine größere Bandbreite an Risiken ab, etwa solche im Zusammenhang mit der Inflation.

Unsere einzige Option

Die beschriebenen, dem gesunden Menschenverstand entsprechenden Regulierungen und Reformen sind notwendig, um das Wachstum wiederherzustellen und um ein Leben in der Mittelschicht wieder in die Reichweite der meisten Amerikaner und Europäer zu bringen. Allerdings wird das nicht reichen. Wir brauchen darüber hinaus einen neuen Gesellschaftsvertrag des 21. Jahrhunderts, der allen Bürgern Zugang zu Gesundheitsversorgung, Bildung, finanzieller Sicherheit im Ruhestand, erschwinglichem Wohnraum und einer menschenwürdigen Arbeit mit angemessenem Entgelt garantiert.

Viele Länder haben bereits gezeigt, dass einzelne Elemente dieses Gesellschaftsvertrages umsetzbar sind. Die USA sind schließlich das einzige Industrieland, in dem Gesundheitsvorsorge nicht als grundlegendes Menschenrecht anerkannt wird. Ironischerweise geben die USA zwar mehr als jedes andere Industrieland für Gesundheitsversorgung aus – sowohl pro Kopf als auch als Anteil am BIP –, aber ihr überwiegend privates System liefert schlechtere Ergebnisse. Die Lebenserwartung ist in den USA kaum höher als in Costa Rica,¹¹ einem Land mittleren Einkommens mit einem Pro-Kopf-BIP, das einem Fünftel des amerikanischen entspricht.

Für diese Missstände zahlen die USA einen hohen Preis und die Kosten werden mit der Zeit höchstwahrscheinlich weiter steigen. Die Erwerbsbeteiligungsquote¹² bei Männern im besten Erwerbsalter steht auf einem historischen Tiefstand und auch bei Frauen ist ein Rückgang¹³ zu verzeichnen. Viele derjenigen, die aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, leiden unter chronischen Gesundheitsproblemen und nehmen verschreibungspflichtige Schmerzmittel. Das trägt zur Opioidkrise bei, die zu einem prägenden Merkmal von Trumps Amerika wurde. Da 21 Prozent der amerikanischen Kinder in Armut aufwachsen, wird die anhaltende Unterinvestition in die öffentliche Bildung zweifellos die zukünftige Produktivität belasten.

Aus progressiv-kapitalistischer Sicht liegt der Schlüssel zu einem neuen Gesellschaftsvertrag daher in der öffentlichen Option auf Leistungen, die von zentraler Bedeutung für das Wohlergehen sind. Öffentliche Optionen erweitern die Auswahlmöglichkeiten der Verbraucher und fördern den Wett-

10 Policy Basics: Top Ten Facts about Social Security, www.cbpp.org, 14.8.2018.

11 Vgl. Joseph E. Stiglitz, Costa Rica macht es richtig, in: „Blätter“, 7/2018, S. 37-38.

12 Alan B. Krueger, Where Have All the Workers Gone? An Inquiry into the Decline of the U.S. Labor Force Participation, in: „Brookings Papers on Economic Activity“, September 2017.

13 Sandra E. Black, Diane Whitmore Schanzenbach und Audrey Breitwieser, The Recent Decline in Women's Labor Force Participation, The Hamilton Project Framing Paper, Oktober 2017.

bewerb, der wiederum niedrigere Preise und mehr Innovation zur Folge hat. Viele hofften, der Affordable Care Act (Obamacare) des Jahres 2010 würde eine öffentliche Option für eine Krankenversicherung enthalten. Letztlich gelang es den Branchenlobbyisten jedoch, dass dieser Punkt aus dem endgültigen Gesetzestext gestrichen wurde. Das war ein Fehler.

Jenseits der Gesundheitsversorgung brauchen die USA auch eine öffentliche Option für Rentenkonten, Hypotheken und Studierendenkredite.¹⁴ Im Falle der Renten könnte dies bedeuten, dass Personen, die im Ruhestand ein höheres Einkommen möchten, die Möglichkeit haben, während ihrer aktiven Zeit höhere Beiträge in die Sozialversicherung einzuzahlen, um die Altersrente entsprechend anzuheben. Das wäre nicht nur effizienter, als in eine zusätzliche private Altersvorsorge einzuzahlen, sondern würde die Bürger auch vor ausbeuterischen Vermögensverwaltungsfirmen schützen. Tatsächlich haben zahlreiche dieser Unternehmen dagegen lobbyiert, sich überhaupt an treuhänderische Verpflichtungen halten zu müssen. Im Wesentlichen bestand ihr Argument darin, dass sie nicht genug Geld verdienen würden, wenn sie ihre Kunden nicht schröpfen dürften. Aus dieser Perspektive sind Interessenkonflikte lediglich Teil des wilden Gerangels im Kapitalismus des 21. Jahrhunderts: Warum also soll man Unternehmen überhaupt zwingen, sie offenzulegen?

Und weil darüber hinaus US-Banken mittlerweile behaupten, das Risiko der Gewährung von Hypothekenkrediten nicht mehr übernehmen zu können, werden rund 90 Prozent aller Eigenheimkredite von der US-Regierung gestützt. Aber wenn die Steuerzahler bereits fast das gesamte Risiko übernehmen, während der Privatsektor weiterhin alle Gewinne einstreicht, besteht kein Grund, nicht eine öffentliche Option anzubieten. Der Staat könnte damit beginnen, jedem Bürger, der fünf Jahre lang Steuern bezahlt hat, einen herkömmlichen Hypothekenkredit mit 20 Prozent Anzahlung und 30-jähriger Laufzeit zu einem Zinssatz anzubieten, der nur etwas über dem vom Staat zu bezahlenden Zinssatz liegt. Und im Gegensatz zu den privaten Hypothekendarlehen, mit denen praktisch sichergestellt wurde, dass in der Finanzkrise Millionen ihr Dach über dem Kopf verlieren, könnte eine öffentliche Option so konzipiert werden, dass Arbeitnehmer ihr Eigenheim auch bei vorübergehenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten behalten können.

Zurück zur Moral

Die meisten dieser Vorschläge verstehen sich eigentlich von selbst. Doch stehen die dafür notwendigen Reformen aufgrund des Einflusses von Interessensgruppen vor gravierenden politischen Herausforderungen. Das ist das Problem mit schwerwiegender wirtschaftlicher Ungleichheit: Sie ruft unweigerlich auch politische und soziale Ungleichheit hervor und verstärkt sie auch noch.

¹⁴ Thomas Herndon und Mark Paul, The Case for a US Public Banking Option, www.project-syndicate.org, 6.9.2018.

Als sich die ursprüngliche progressive Bewegung¹⁵ während des goldenen Zeitalters Amerikas im späten 19. Jahrhundert formierte, bestand ihr Hauptziel darin, den großen Monopolkapitalisten und deren Kumpanen in der Politik eine demokratische Ordnungspolitik abzutrotzen. Das Gleiche gilt für den progressiven Kapitalismus von heute: Wir müssen den systematischen Bestrebungen der Republikanischen Partei zur Entrechtung großer Teile der Wählerschaft durch Wählerunterdrückung, Wahlkreisschiebungen und andere antidemokratische Praktiken einen Riegel vorschieben. Außerdem müssen wir den Einfluss des Geldes in der Politik zurückdrängen und ordnungsgemäße Kontrollen und Gewaltenteilung wiederherstellen. Die Präsidentschaft Trumps hat uns daran erinnert, dass eine derartige Kontrolle für das reibungslose Funktionieren der Demokratie unverzichtbar ist. Sie hat uns aber auch die Grenzen bestehender Institutionen vor Augen geführt (wie etwa des Wahlmännergremiums, das den Präsidenten wählt, und des Senats, wo ein kleiner Bundesstaat wie Wyoming mit weniger als 600 000 Einwohnern über gleich viele Stimmen verfügt wie Kalifornien mit seinen fast 40 Millionen Einwohnern). Das unterstreicht auch die Notwendigkeit struktureller politischer Reformen.

In Amerika wie in Europa stehen der gemeinsame Wohlstand und die Zukunft der repräsentativen Demokratie auf dem Spiel. Die Explosion der öffentlichen Unzufriedenheit, die der Westen in den letzten Jahren erlebt hat, ist Ausdruck eines wachsenden Gefühls der wirtschaftlichen und politischen Ohnmacht der Bürger, die ihre Chancen auf ein Leben in der Mittelschicht schwinden sehen. Der progressive Kapitalismus ist daher bestrebt, die übermäßige Macht des konzentrierten Geldes in Wirtschaft und Politik einzudämmen. Aber es steht noch mehr auf dem Spiel: unsere Zivilgesellschaft und unser Identitätsgefühl, als Individuum wie als Kollektiv. Unsere Wirtschaft prägt uns in unserer Identität, und in den letzten 40 Jahren brachten ein rundum amoralischer (wenn nicht gar unmoralischer) Materialismus und eine auf ebensolchem Gewinnstreben aufgebaute Wirtschaft eine Generation hervor, die diese Werte verinnerlicht hat.

Das muss nicht so sein. Wir können eine mitfühlendere und fürsorglichere Wirtschaft rund um Genossenschaften und andere Alternativen zu gewinnorientierten Unternehmen etablieren. Wir können bessere Corporate-Governance-Systeme entwickeln, bei denen es nicht nur auf kurzfristige Gewinne ankommt. Wir können und sollten von unseren gewinnmaximierenden Unternehmen besseres Verhalten erwarten – und mit entsprechender Regulierung werden manche Anreize für Fehlverhalten beseitigt.

Wir haben ein 40 Jahre dauerndes Experiment mit dem Neoliberalismus durchgeführt. Das ist erwiesenermaßen in jeder Hinsicht gescheitert. Und in der allerwichtigsten Hinsicht – nämlich dem Wohlergehen der Bürger – ist es sogar kläglich gescheitert. Wir müssen also den Kapitalismus vor sich selbst retten. Eine progressiv-kapitalistische Agenda bietet uns dazu die größte Chance.

15 Laura Tyson und Lenny Mendonca, America's New Democracy Movement, www.project-syndicate.org, 3.1.2019.